



Das schwere Erbe eines kastrierten Protokolls

Kolumne von Eva Bulling-Schröter, 05. Dezember 2011

Von Eva Bulling-Schröter, Vorsitzende des Umweltausschusses und umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, aus Durban

Dreizehn Stunden Flug von München nach Durban, also etliche Tonnen CO₂-Emissionen. Lohnt sich dafür die Reise zur UN-Klimakonferenz nach Südafrika?

In Durban tagt nunmehr die 17. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention. Die Karawane von tausenden Diplomatinen und Diplomaten, Politikerinnen und Politikern, NGOs und Journalistinnen und Journalisten trifft sich jedes Jahr im Dezember, stets mit dem 1992 in der Konvention im Artikel 2 verankerten Ziel, eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems zu verhindern, die globale Erwärmung zu verlangsamen sowie ihre Folgen zu mildern.

Das berühmte Kyoto-Protokoll von 1997 diente zur praktischen Umsetzung dieses Ziels. Nach zähem Ringen hatten es 2005 genug Staaten ratifiziert, damit es endlich in Kraft treten konnte. Ein Land fehlte allerdings – der seinerzeit weltweit größte

Emittent, die USA. Das Abkommen, welches lediglich westliche Industriestaaten und einige osteuropäische Transformationsländer verbindliche Vorgaben machte, startete darum gleich kastriert. Eigentlich sollten die 37 verpflichteten Länder bis 2012 ihre Treibhausgase insgesamt um rund 5,2 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Ohne die USA verringerte sich das Minderungsziel jedoch auf magere 2,8 Prozent. Und das bezieht sich nur auf ein Drittel der globalen Emissionen.

Das magere Kyoto-Ziel wird wahrscheinlich erfüllt werden. Trotzdem werden heute nicht weniger, sondern rund 40 Prozent mehr Klimakiller in die Atmosphäre gepumpt als 1990. Vor allem die USA und die Schwellenstaaten trugen dazu bei. Das Zwei-Grad-Ziel ist kaum noch erreichbar. Wird es aber noch wärmer, werden folgenschwere Reaktionen im Klimasystem die Folge sein, die sich zudem selbst beschleunigen.

Die Flucht Washingtons vor dem Klimaschutz war der Startschuss für eine Dauer-Blockade der Folgeverhandlungen. Denn die erwünschte Erweiterung des Abkommens auf die schnell wachsenden Schwellenländer, wie China und Indien, stieß bei diesen auf wenig Verständnis. Wenn die Nummer Eins der Dreckschleudern sich dem Klimaschutz verweigern dürfen, warum sollten dann Staaten im Aufbruch mitmachen? Schließlich stoßen Letzere pro Kopf immer noch weniger Klimagase aus als die meisten Industrieländer, obwohl China von der Gesamtmenge her mittlerweile den höchsten Ausstoß der Erde hat.

Die USA wiederum möchten sich bis heute keinen Zentimeter bewegen, wenn sich nicht China zu Reduktionen verpflichtet. Hinter den Fronten verharren auch andere Länder im Nichtstun. Eben hat Kanada gar angekündigt, kurz vor Weihnachten den Vertrag von Kyoto verlassen zu wollen.

Ein Nachfolgeabkommen des 2012 auslaufenden Kyoto-Protokolls steht also in den Sternen. Erst recht eins, dass alle großen Emittenten der Welt mit verbindlichen Minderungsverpflichtungen einbezieht. Zwar läuft eine Vielzahl von Detailverhandlungen um Punkte eines künftigen Vertrages, wie die Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im globalen Süden. Beim eigentlichen Rückgrat jedoch, den verbindlichen Minderungszielen, kann man froh sein, wenn in Durban wenigstens der Zeitpunkt festgelegt werden wird, an dem spätestens die globalen Emissionen sinken sollen. Angesichts der verheerenden Auswirkungen des Klimawandels ist diese Bilanz eine Katastrophe!

Dennoch: An internationalen Verhandlungen führt kein Weg vorbei. Denn globale Probleme müssen global gelöst werden. Den Verhandlungsprozess wieder anzuschieben, kann eine Aufgabe der Europäischen Union sein. Dabei gilt es als erstes, Vertrauen zu schaffen, um die gegenseitigen Blockaden aufzubrechen. Das muss die vordringlichste Aufgabe der EU sein.

Um solch ein Vertrauen zu schaffen, muss Europa sein bisheriges Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 20 Prozent zu senken, verschärfen. Eine Reduktion um 30 Prozent gegenüber 1990 ist das mindeste, was wir in Durban ohne Vorbehalte anbieten müssen. Die EU muss ferner dafür sorgen, dass die Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen für den globalen Süden durch die Industrieländer mit verbindlichen Geldzusagen untersetzt wird. Geldzusagen, die frisches Geld meinen, und nicht wieder unverpackte alte Versprechen sind. Wir erinnern uns: Nur etwa ein Fünftel dieser Mittel aus dem Bundeshaushalt waren neu und zusätzlich.

Für all dies will ich auf der UN-Klimakonferenz

werben. Zudem ist es an keinem Ort einfacher, in so kurzer Zeit so viele Gesprächspartnerinnen und -partner aus anderen Ländern zu treffen. Seien es Regierungsvertreter oder NGOs aus Afrika, dem Pazifik oder Bangladesch. Wichtig ist mir auch die Verbindung mit dem Protest der Bewegungen vor den Konferenzzentren. Allein dafür lohnt sich die Reise.